

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: The Financial Times - Die Multinationalen überdenken ihre Rolle; Newsweek - Nixons Haushalt; Time - Der japanische Gigant in Europa; The Guardian - Wer hat Angst vor einer Energiekrise; Manche Schwangerschaft bringt nichts als Elend; The Economist - Der Vatikan und Deutschland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1973) : Blick in die Weltpresse: The Financial Times - Die Multinationalen überdenken ihre Rolle; Newsweek - Nixons Haushalt; Time - Der japanische Gigant in Europa; The Guardian - Wer hat Angst vor einer Energiekrise; Manche Schwangerschaft bringt nichts als Elend; The Economist - Der Vatikan und Deutschland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 4, pp. 218-219

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134534>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Kommentare zu Themen, die in den vergangenen Wochen in der Weltpresse einen breiten Raum einnahmen.

THE FINANCIAL TIMES

Die Multinationalen überdenken Ihre Rolle

London, 2. 4. 1973 (Geoffrey Owen): Das ungewöhnliche an der ITT-Affäre ist nicht so sehr das Betragen dieses Unternehmens als die Tatsache daß alle Dokumente, interne Memoranden, Briefe an das State Department usw. zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlicht worden sind. Versuche, politische Entwicklungen zu beeinflussen, einschließlich Zahlungen an politische Parteien, sind keineswegs unüblich in den Beziehungen internationaler Unternehmen zu ihren „Gastländern“ – besonders in der Entwicklungswelt. ITTs Pech ist nur, daß das Unternehmen sich erwischen ließ.

Die meisten Kämpfe betrafen im allgemeinen Industrien, die für das Gastland von grundlegender Bedeutung sind, wie z. B. der Kupferbergbau in Chile, oder, wie bei ITT, der Ausbau eines Telefondienstes... Die meisten dieser Kämpfe sind, wenigstens in den letzten Jahren, von den ausländischen Unternehmen verloren worden. In einigen Fällen mag die betreffende Firma ihre Karten schlecht ausgespielt haben. Aber der wichtigste Aspekt, der sich nun herausstellt und durch die ITT-Enthüllungen in Chile dramatisch ausgeleuchtet wird, ist die Tatsache, daß die traditionellen Beziehungen zwischen den drei Parteien – Regierung des „Gastlandes“, investierendes Unternehmen und dessen Regierung – überholt sind und radikal revidiert werden müssen.

NEWSWEEK

Nixons Haushalt

New York, 2. 4. 1973 (Milton Friedman): Der Präsident verdient Anerkennung dafür, daß er in seiner Haushaltsbotschaft einige Regierungsprogramme frontal attackierte, die zu heiligen Kühen geworden sind – z. B. Agrarsubventionen, städtische Erneuerung und andere sog. Wohlfahrtspro-

gramme. Diese haben elend versagt – was selbst einige ihrer früheren Befürworter zugegeben haben. Die Absichten können die besten gewesen sein, ihre Auswirkungen waren aber Verschwendung, Korruption und wahllos gegebene Subventionen, während die Armen wie üblich zu kurz kamen. Ich bewundere den Mut des Präsidenten, als er vorschlug, diese Fehler zu begraben, anstatt sie wieder mit weiteren Ausgaben zuzudecken.

Die heftige Kritik einiger liberaler Kommentatoren und Karikaturisten an Mr. Nixons Kürzungsvorschlägen ehrt diese wenig. Wenn diese Kritiker glauben, was sie sagen – die Kürzungen seien ein Angriff auf die Armen –, demonstrieren sie eine Ignoranz, die sie für ihre Arbeit disqualifiziert. Falls sie aber nicht daran glauben, demonstrieren sie einen Mangel an Integrität, der noch erschreckender ist.

TIME

Der japanische Gigant in Europa

New York, 26. 3. 1973 (Herman Nickel): Liest man die Zeitungen, kann man verstehen, warum sich die Japaner verwundert fragen, ob Kaiser Wilhelm der Zweite, der Prophet der „gelben Gefahr“, wieder zugeschiagen hat. Die Europäer scheinen von der Furcht ergriffen, daß Armeen japanischer Geschäftsleute, abgelenkt vom amerikanischen Markt, sich gierig auf sie stürzen werden.

Immerhin kann die Präsenz der Japaner nicht geleugnet werden. Der japanische Schiffbau beherrscht die Hälfte des Weltmarktes. In England ist der Absatz japanischer Kugellager im vergangenen Jahr um 200 % gestiegen. In Westdeutschland ist die Einfuhr japanischer Waren um 45 % in die Höhe gegangen, und 99 % der abgesetzten tragbaren Transistorgeräte, 50 % der Kassettenrekorder und 35 % aller Fernsehkleingeräte stammen aus Japan.

Die Japaner sind selber über diese außerordentlich schnelle Exportsteigerung besorgt, halten es aber für unfair, wenn man sie zum wirtschaftlichen Sündenbock macht. Sie spüren einen Beigeschmack von Rassismus in der europäischen und amerikanischen Einstellung ihren Erfolgen gegenüber.

Abgesehen vom Rassismus glauben die Japaner, daß viele Klagen nur Unwissenheit und Heuchelei verraten. Japan liefert nur bescheidene 4% der europäischen Gesamteinfuhr, während Europa nur 14% der japanischen Gesamtausfuhr aufnimmt – viel weniger als die USA. Während außerdem der japanische Erfolg allgemein dem unterbewerteten Yen, staatlichen Subventionen und billigen Arbeitskräften zugeschrieben wird, liegt sein ganzes Geheimnis in der Produktivität der japanischen Industrie. Diese stieg zwischen 1966 und 1970 um jährlich 19,4% gegenüber 8% in Frankreich, 6,8% in Deutschland, 3,5% in England und 2% in den USA. Auch die japanischen Löhne sind schneller gestiegen als die europäischen und erreichen jetzt etwa das französische und italienische Niveau.

Trotz einer Yenaufwertung von über 33% in 15 Monaten wird die japanische Wirtschaft 1973 erwartungsgemäß wieder um 10% wachsen. Vielleicht gibt das einen Hinweis auf das wahre Problem: Wie kann man einen Giganten international integrieren, der darauf besteht, schneller zu wachsen als alle anderen.

The Guardian

Wer hat Angst vor einer Energiekrise?

Manchester, 2. 4. 1973 (Hella Pick): Das Gerede über eine Energiekrise ist so unüberhörbar in Mode gekommen, daß es vielen verdächtig erscheint. Einige behaupten, daß es sich um eine von der Regierung Nixon künstlich erzeugte Nebelwand handelt, hinter der die amerikanische Öffentlichkeit auf eine Nahostregelung vorbereitet werden soll, die mehr zugunsten der Araber als der Israelis ausfallen soll. Andere erblicken darin ein Manöver für die Durchsetzung höherer Brennstoffpreise. Die selbstgerechten Töne aus dem Lager der Ölfirmen könnten aber auch einfach als Forderung nach politischer Unterstützung im ungleichen Kampf gegen die ölfördernden Länder interpretiert werden, die für sich ein Maximum an Profit herausholen wollen.

Gegenwärtig kann man jedoch nicht abstreiten, daß der Westen auf Gnade oder Ungnade von einer Handvoll Nahostländer abhängig ist, die sich ihrer Macht als Ölquellenbesitzer bewußt geworden sind. Seit 1970 ist es OPEC gelungen, die Rohöipreise um mehr als 70% in die Höhe zu treiben, und immer noch wird mehr gefordert.

Offensichtlich steht der gesamte Komplex politischer und wirtschaftlicher Beziehungen der westlichen Welt auf dem Spiele. Die Russen können es sich leisten, abseits zu stehen – und zahlreiche Strategen sind davon überzeugt, daß sie viel mehr als die Araber die endgültigen Sieger des

erbitterten Kampfes der westlichen Industriestaaten um das Nahostöl sein werden.

Manche Schwangerschaft bringt nichts als Elend

Manchester, 26. 3. 1973: Mr. Malcolm Muggeridge, Mr. Leo Abse und die Bischöfe von Manchester und Salford können leicht gegen die Abtreibung wettern, denn niemand beabsichtigt, sie zu schwängern. Die Anti-Abtreibungsdemonstration in Manchester bezeugte zwar Tiefe und Ernst der religiösen Überzeugung, die es ablehnt, das Leben Ungeborener zu nehmen. Aber als Mr. Abse behauptete, es gebe keinen Unterschied zwischen Killern und Abtreibern, da „beide gewissenlos bereit seien, für Geld zu töten“, hat er sein Anliegen nicht nur übertrieben, sondern zunichte gemacht. Einige unerwünschte Schwangerschaften sollten aus medizinischen Gründen unterbrochen werden, andere aus Mitleid mit einer Frau, die ganz einfach nicht in der Lage ist, ein weiteres Kind anders als in Not und Elend aufzuziehen. Unter gewissen Umständen gibt es noch andere Gründe für eine Schwangerschaftsunterbrechung. Was aber für Mr. Muggeridge und die anderen Redner der gestrigen Versammlung ausschlaggebend sein sollte, ist ein christlicher Grund – einem Menschen im Unglück sollte geholfen werden.

The Economist

Der Vatikan und Deutschland

London, 31. 3. 1973: Papst Pauls Versuch, die Beziehungen mit der ostdeutschen Regierung zu verbessern, verärgert Westdeutschlands Katholiken. Sie revoltieren, weil der Vatikan nach monatelangen Geheimverhandlungen Ostdeutschland bald anerkennen und volle diplomatische Beziehungen aufnehmen könnte.

Die ostdeutsche Regierung wünscht das Prestige einer Anerkennung durch den Vatikan. Außerdem wünscht sie eine Teilung der katholischen Kirche in den beiden deutschen Staaten... Den Vatikan reizt vermutlich ein diplomatischer Durchbruch in Ostdeutschland, da er nicht nur den ostdeutschen Katholiken helfen, sondern auch die Ostpolitik des Papstes mit neuem Leben erfüllen könnte. Legal kann niemand einen Vertreter des Papstes daran hindern, sich in Ostberlin zu etablieren, nachdem der Grundvertrag... ratifiziert worden ist. In der Praxis wird jedoch der Vatikan wahrscheinlich sein Rapprochement mit Ostdeutschland behutsam durchführen. Zum einen will er einflußreiche Katholiken in Westdeutschland nicht kränken, zum anderen, weil noch hart verhandelt werden muß – und wie Herr Brandt feststellen kann, geht das besser, ehe Konzessionen gemacht werden als nachher.